

Nejra Elkaz

POLITISCHES FRAMING: SPRACHE ALS MITTEL DER MEINUNGSLENKUNG

Nejra Elkaz ist Doktorandin in der Abteilung für Germanistik an der Philosophischen Fakultät der Universität Sarajevo und Mitglied des Internationalen Promovierenden-Netzwerks (IPN).

Politische Sprache formt nicht nur Debatten, sie beeinflusst auch, wie wir gesellschaftliche Probleme wahrnehmen und bewerten. Parteien bedienen sich dabei bewusst sprachlicher Strategien, um ihre Sicht auf die Wirklichkeit zu etablieren. Der folgende Beitrag untersucht, wie die Parteien AfD und Die Linke im Wahlkampf 2017-2019 zentrale Themen wie ‚Sicherheit‘ und ‚Gerechtigkeit‘ framen. Im Zentrum steht die Frage, wie sich die ideologischen Grundhaltungen beider Parteien in ihrem Sprachgebrauch widerspiegeln – insbesondere durch das Mittel des politischen Framings.

POLITISCHE SPRACHE IST NIEMALS NEUTRAL – SIE KONSTRUIERT MACHT UND REALITÄT

Sprache und Politik sind zwei Bereiche, die man nicht voneinander trennen kann. Sprache ist nicht nur ein Mittel der politischen Kommunikation, sondern auch ein Werkzeug für die politische Gestaltung. Politische Sprache ist aus diesem Grund nicht neutral. Sie ist erstens ein strategisches Mittel für die politische Machtausübung, zweitens ist sie ein Ausdruck der ideologischen Perspektiven verschiedener Parteien bzw. politischer Akteure. Mit Sprache wird der politische Raum konstruiert, strukturiert und legitimiert. In der Politolinguistik wird Sprache als wichtiges Werkzeug, das zur Deutung und Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit dient, verstanden. Politische Akteure nutzen Sprache strategisch, um Aufmerksamkeit zu lenken, Probleme zu definieren, Verantwortung zuzuschreiben und Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Politische Parteien bzw. ihre Mitglieder versuchen in einem öffentlichen gesellschaftlichen Diskurs ihre Deutungen, die oft ideologisch geladen sind, dominant zu setzen und sie durchzusetzen. Daraus folgt, dass z. B. ein und derselbe Ausdruck in vielen Verwendungsweisen und je nach Kontext unterschiedlich benutzt wird. Dieser Versuch, bestimmte „sprachliche Formen als Ausdruck spezifischer, interessen geleiteter Handlungs- und Denkmuster durchzusetzen“ (Felder 2006, S. 17), wird durch den Terminus „semantischer Kampf“ (ebd.) beschrieben, der in der Politolinguistik seit einiger Zeit verwendet wird wie z. B. von Keller (1977), Klein (1989), Stötzel (1990), Liedtke/Wengeler/Böke (1991). Es gibt unterschiedliche Ebenen, die im Kontext des semantischen Kampfes differenziert werden. Eine davon bezeichnet auch die Ebene der Bedeutungen, bei der mit einem identischen Ausdruck unterschiedliche Bedeutungsas-

pekte bzw. Teilbedeutungen durch bestimmte Fixierungsversuche akzentuiert werden (vgl. Felder 2006, S. 36 f.). Somit stellen politische Akteure bzw. Parteien Versuche an, um bestimmte Bedeutungen zu fixieren und ein und denselben Ausdruck oder Begriff mit unterschiedlichen Bedeutungen zu füllen. Ein Mittel dazu ist auch die Framesetzung.

Sprache, Politik und Ideologie

Jedes Wort und jedes Thema können unter bestimmten Umständen politisch werden, denn Politik kann alle Bereiche des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens umfassen. Die Verbindung von Sprache und Politik hat Horst Grünert auf den Punkt gebracht, als er feststellt: „Politik wird durch (mit) Sprache entworfen, vorbereitet, ausgelöst, von Sprache begleitet, beeinflusst, gesteuert, geregelt, durch Sprache beschrieben, erläutert, motiviert, gerechtfertigt, verantwortet, kontrolliert, kritisiert, be- und verurteilt“ (Grünert 1983, S. 43).

SPRECHEN IST HANDELN – UND HANDELN IST IMMER POLITISCH

Anhand dieser Feststellung ist klar, dass politische Handlungen sich sprachlich manifestieren, und in diesem Sinn kann man dann sagen, dass politisches Handeln gleich sprachliches Handeln ist. Wenn Sprechen zugleich Handeln ist, dann hat dieses Sprechen auch eine bestimmte Funktion, ein bestimmtes Ziel, eine bestimmte Folge. Politische Handlungen werden auf diese Weise sprachlich übermittelt, womit Sprache dann zum Durchsetzungsmittel der Ziele politischer Akteure wird. Die politischen Akteure bedienen sich sprachlicher Mittel, um die Meinungen und Einstellungen der Adressaten zu beeinflussen sowie bei ihnen Zustimmung und Vertrauen zu wecken. Die Zustimmungsbereitschaft erfolgt durch Überredung der Adressaten mit Hilfe persuasiver sprachlicher Mittel und überzeugender Argumentation. Damit ist klar, dass die politische Sprache nicht nur eine informative, sondern auch eine persuasive Funktion hat (vgl. Klein 2009, S. 2113 f.). Die Zugehörigkeit eines politischen Akteurs zu einer bestimmten politischen Gruppierung hat Einfluss auf das sprachliche Handeln sowie auf die Erwartungen der adressierten Gruppen. Sprache erweist sich somit als konstitutives Instrument politischen Handelns, da politische Prozesse ohne sprachliche Vermittlung nicht realisierbar sind. Die Sprache ermöglicht Politik und

politische Tätigkeit ist immer auch eine sprachliche Tätigkeit. Sprache und Ideologie werden wiederum auch in Verbindung gesetzt, denn durch Sprache werden bestimmte Ideologien manifestiert.

FRAMING WÄHLT REALITÄSTEILE AUS UND MACHT SIE POLITISCH WIRKSAM

Frames und Framing

Frames als Organisationsmöglichkeiten von Wissen und Ideen werden seitens unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen eingesetzt, um unterschiedliche Ziele zu erreichen. Durch den Einsatz von Frames in der Sprache politischer Akteure wird sprachliches Handeln vollzogen. Wenn Frames Struktur bedeuten, dann kann man Framing als Handeln bezeichnen. Frames als selektive, strukturiert eingepackte Informationen werden von politischen Akteuren bewusst durch unterschiedliche sprachliche Mittel platziert. Der Prozess des Evozierens und der Einsetzung der Frames wird als Framing verstanden. Dieses sprachliche Handeln der politischen Akteure ermöglicht es, Frames besonders im Kontext der Wahlkampagnen strategisch zu nutzen. Deshalb ist das sprachliche Handeln als kollektives Handeln politischer Akteure im Rahmen von Wahlkampagnen aufzufassen, das in der Form des strategischen politischen Framings realisiert wird und auf erwünschte Einstellungen, Meinungen und Überzeugungen bei den Wählern abzielt. In diesem Sinne stehen Frames und Framing im Zusammenhang, obwohl sie in zwei unterschiedlichen Bereichen erforscht werden. Das Einrahmen oder Einbetten kann als Framing synonym verwendet werden. Der Begriff Framing stammt ursprünglich aus der Soziologie (Goffman 1974) und wurde später in der Linguistik und Medienwirkungsforschung (z. B. George Lakoff, Robert Entman) weiterentwickelt. Framing als Handlung kann durch die Definition von Entman erklärt werden:

To frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation and/or treatment recommendation for the item described. (Entman 1993, S. 52)

Es stellt sich damit die Frage, wie eigentlich das Framing funktioniert. Wie Entman in seiner Definition betont, bedeutet Framing nichts anderes als einige Aspekte der Realität gezielt auszuwählen, sie auf bestimmte Art und Weise

hervorzuheben, und zwar so, dass ein Problem definiert, durch kausale Zusammenhänge erklärt und moralisch bewertet wird, um das Handeln in Bezug auf die Lösung des beschriebenen Problems einzufordern. Das ist eine Art Strategie der politischen Akteure in ihren Wahlkampagnen, vor allem als Begründung ihres politischen Handelns. Als strategische Kommunikation politischer Akteure, die ihr politisches Handeln begründen wollen, werden noch einige Aspekte dazu gezählt. In erster Linie legen die politischen Akteure die Prinzipien offen, nach denen sie werten und handeln, sie bestimmen die Ziele des Handelns und verdeutlichen die Folgen von Nicht-Handeln oder anderem Handeln (vgl. Klein 2018, S. 291).

Politisches Framing

Innerhalb der Framing-Forschung gibt es unterschiedliche Vorstellungen, Perspektiven und Ansätze, was mit dem Begriff *Framing* gemeint ist. Peyer (2018, S. 97) und Scheufele (2004) versuchen das zu summieren und unterscheiden folgende Ebenen des Framings: Framing bezogen auf das politische System und seine Akteure, auf das Mediensystem und seine Akteure und auf Rezipienten und Öffentlichkeit. Framing als ein Prozess bezeichnet einen Versuch der Akteure, mit kommunikativen Mitteln eine Vorstellung der Realität zu erzeugen und Wirkungen zu erzielen. Demnach ist politisches Framing, wie zuvor gesagt, strategisch, weil politische Akteure nach bestimmten Schemata Frames evozieren und einsetzen.

FRAMING STEUERT, WIE POLITISCHE REALITÄT WAHRGENOMMEN WIRD

Ausgangspunkt solchen Handelns ist das Bild, das sich die für die Partei relevanten Wahlberechtigten von der Partei, deren Politik und Politikern machen. Frames als schon bestehende Meinungen und Kenntnisse des parteirelevanten Wählerspektrums werden optimiert und für die Kampagne umgebaut. Der Ausgangsrahmen wird gezielt gewählt, in der Kampagne transformiert und in einen Zielrahmen überführt. Dieser soll die Wähler motivieren, die jeweilige Partei und ihre Kandidaten zu wählen. Um es kurz zusammenzufassen, zielt strategisches politisches Framing (vgl. Klein 2018, S. 292) auf Wissen verbunden mit Einstellungen, die auch vermittelt werden, braucht eine Durchsetzung in der Gesellschaft, steht in Konkurrenz mit Frames des politischen Gegners, kann an framesemantische Konzepte angeschlossen



Abb. 1: Wahlplakat der AfD

werden und geht über die Lexem-Ebene hinaus. Frames im Prozess des Framings in politischer Kommunikation sind für politische Akteure strategisch eingesetzte kommunikative Mittel mit dem Ziel, die Wissensbestände der Rezipienten zu verändern.

Meines Erachtens gibt es zwei Arten des politischen Framings, derer sich die politischen Akteure im Wahlkampf bedienen. Diese sind erstens Framing durch sprachliche Mittel und zweitens durch nicht-sprachliche Mittel. Im Folgenden wird das durch Beispiele veranschaulicht und durch die Analyse gezeigt.

FRAMING IST EIN GEZIELTER KAMPF UM DIE DEUTUNG DER WIRKLICHKEIT

„Sicherheit‘ und ‚Gerechtigkeit‘ – AfD vs. Die Linke

Die Begriffe ‚Sicherheit‘ und ‚Gerechtigkeit‘ sind auch zentrale Themen im politischen Diskurs, besonders im Kontext des Wahlkampfs im Zeitraum 2017-2019 in Deutschland. Die Parteien AfD und Die Linke nutzen und konzeptualisieren diese Begriffe jedoch sehr unterschiedlich, um ihre politischen Narrative zu konstruieren und Wähler zu mobilisieren. Eine linguistische Framing-Analyse dieser Begriffe zeigt die kontrastierenden Strategien beider Parteien auf.

Sicherheit

Um die Konzeptualisierung von ‚Sicherheit‘ festzustellen, werden zuerst die Bedeutungen der ‚Sicherheit‘ durch Beispiele aufgegriffen.

- 1) „Die Sicherheit der Bevölkerung muss an erster Stelle stehen.“ (Weidel, 27.12.2019, <www.afd.de/alice-weidel-die-sicherheit-der-bevoelkerung-muss-an-erster-stelle-stein/> (Stand: 15.3.2023))
- 2) „Die naive Willkommenskultur gefährdet unsere Sicherheit, tötet Menschen und setzt unseren Frieden aufs Spiel. Wir müssen endlich unsere Grenzen schließen und alle islamistischen

Gefährder sofort abschieben.“ (Weidel, 18.8.2017, <www.afd.de/alice-weidel-islamistischer-terror-offenbart-politikversagen/> (Stand: 15.3.2023))

In den Beispielen 1 und 2 identifiziert die zu der AfD gehörende politische Akteurin ein Problem, wobei betont wird, dass sich die Menschen in Deutschland durch dieses Problem unsicher fühlen und dass sie in Gefahr sind. Durch den Satz *die Sicherheit... muss an erster Stelle stehen* wird ‚Sicherheit‘ als oberste Priorität verstanden und mit dem Modalverb *müssen* wird die Notwendigkeit und das Bedürfnis danach verstärkt. ‚Sicherheit‘ wird als Abwehr von Bedrohung konstruiert, was Angst erzeugt und auf die Einführung strengerer Maßnahmen abzielt. In der Nominalphrase (NP) *die naive Willkommenskultur* (Beispiel 2) wird durch das negativ konnotierte Adjektiv die migrationsfreundliche Politik als unüberlegt diskreditiert. Durch die Steigerung der Ausdrücke, d. h. die Verwendung des rhetorischen Mittels Klimax, wie *gefährdet – tötet – setzt ... aufs Spiel* (Beispiel 2) wird nochmal betont, auf welche Art und Weise sich die Bedrohung manifestiert. Interessant sind auch die Beispiele mit den NPs *unsere Sicherheit* und *unseren Frieden* (Beispiel 2), womit auf die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe referiert wird. Es schafft eine Gegenüberstellung von „wir“ gegen „die“. Besonders durch die NP *islamistischen Gefährder* (Beispiel 2) wird klar, wer die anderen sind. Es wird eine religiöse und kriminelle Zuschreibung der Gruppe gemacht und auf diese Weise wird ein Feindbild konstruiert. Eine Aufforderung zum Handeln oder besser gesagt direkte politische Forderung zur Lösungsfindung wird durch das Verb *müssen* in der Formulierung *wir müssen endlich* (Beispiel 2) betont.

„WIR GEGEN DIE ANDEREN“ – SICHERHEIT DURCH ABGRENZUNG UND KONTROLLE

Das sieht man auch an einem Bild, das auf der Facebookseite der AfD erschien (siehe Abb. 1). Es zeigt eine lange Menschenmenge, die Flüchtlinge oder Migranten darstellen sollte. Oben links steht in großen Buchstaben *WIR WOLLTEN DIE FREIHEIT... .* Darunter in blauen Balken steht *UND BEKAMEN SOZIALTOURISTEN*. Rechts unten ist das Logo der AfD zu sehen. Die Farbgestaltung orientiert sich an den deutschen Nationalfarben (schwarz-rot-gold) sowie der Parteifarbe Blau. Im Satz *Wir wollten die Freiheit ... und bekamen Sozialtouristen*. stellt die Konjunktion *und* einen Kontrast zwischen dem erwünschten Ziel und dem unerwünschten Er-

satz her. Das Pronomen *wir* konstruiert eine Kollektividentität und ermöglicht eine Einbeziehung der Rezipienten als Teil einer betroffenen Gruppe. Die konkrete Referenz dieses Kollektivs bleibt dabei offen, kann jedoch im Kontext der AfD und ihrer Politik als „das deutsche Volk“ bzw. „die deutschen Bürger“ interpretiert werden. Durch das Verb *wollen* wird ein Wunsch ausgedrückt. Dieser wurde aus Sicht der AfD, wie der Satzbau nahelegt, nicht erfüllt. Der substantivische Ausdruck *Sozialtouristen* wird als ein negativ konnotierter Ausdruck für Migranten oder Flüchtlinge verwendet, womit die AfD suggeriert, dass diese aus Bequemlichkeit und mit reinem Sozialleistungsinteresse kommen. Das Bild impliziert, dass durch Migration die ‚Sicherheit‘ der „Wirkgruppe“ gefährdet wird. Die Flüchtlingsbewegung wird als Problem visualisiert, nicht als humanitäre Herausforderung. Implizit wird ein Kontrollverlust signalisiert: Statt Freiheit „bekommt“ man eine Bedrohung, gegen die man sich schützen muss.

Die Linke jedoch bezieht eine andere Stellung. Das wird durch folgende Beispiele sichtbar.

- 3) „Erste Aufgabe wäre es, sich um die soziale Sicherheit und eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu kümmern. Damit ist es die Aufgabe des Sozialstaates und somit auch Aufgabe der nächsten Bundesregierung, soziale Dienstleistungen mit guter Arbeit allen Menschen zur Verfügung zu stellen.“ (Pressemitteilung von Jutta Krellmann, 25.10.2017, <www.linksfraktion.de> (Stand: 30.12.2019))
- 4) „DIE LINKE fordert: Soziale Menschenrechte müssen bedingungslos für alle Menschen in der EU gelten: Wohnen, Gesundheit, Bildung, Zugang zu sozialen und kulturellen Dienstleistungen, zu sozialen Sicherungssystemen, zu Wasser und Energie.“ (Die Linke: Wahlprogramm 2019, <www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm_pdf/Europawahlprogramm_2019_-_Partei_DIE_LINKE.pdf> (Stand: 28.1.2026))

Die Nominalphrasen *die soziale Sicherheit* und *eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums* (Beispiel 3) sind abstrakte Konstruktionen, die zentrale soziale Ziele thematisieren. Durch die Nominalisierung erscheint *Sicherheit* formell und gewichtiger, der Definitartikel *die* hebt ein etabliertes Ziel hervor, der Indefinitartikel *eine* signalisiert ein noch zu erreichendes Ziel und die Adjektive *soziale* bzw. *gerechte* verstärken die normative Bewertung. Die Absicherung der Menschen durch soziale Leistungen und eine ge-



Abb. 2: Die Linke – Soziale Sicherheit

rechte Verteilung von Ressourcen ist ein Imperativ der Politik der Partei Die Linke. Durch die NP *erste Aufgabe* (Beispiel 3) wird ‚Sicherheit‘ als oberste Priorität gesetzt, während durch *gute Arbeit* (Beispiel 3) ein Bezug zur sozialen Teilhabe und Lebensqualität hergestellt wird. Der Anfangssatz *Erste Aufgabe wäre es* (Beispiel 3) ist ein Ausdruck deontischer Modalität, der eine normative Einschätzung bezeichnet. Das wird zusätzlich mit dem Modalverb *müssen* und dem adverbial verwendeten Adjektiv *bedingungslos* in Beispiel 4 bezogen auf soziale Menschenrechte untermauert, die Die Linke mit ‚Sicherheit‘ in Verbindung bringt und die Untastbarkeit dieser Rechte somit verstärkt. In Beispielen 3 und 4 schafft die NP *alle(n) Menschen* Inklusion und einen universellen Rahmen. Durch Aufzählungen der Bereiche wie *Wohnen, Gesundheit, Bildung ...* (Beispiel 4) wird die ‚Sicherheit‘ konkretisiert und erweitert.

SICHERHEIT HEIßT: SOZIALE RECHTE FÜR ALLE MENSCHEN

Durch die Verknüpfung von ‚Sicherheit‘ mit sozialen Rechten wird ‚Sicherheit‘ auch durch die Aufzählungen auf dem Wahlplakat dargestellt (siehe Abb. 2). Charakteristisch für dieses Wahlplakat ist die Grafik, die im Mittelpunkt steht, bzw. die Nennung/ Aufzählung der für die Partei wichtigen Forderungen, die auch zu ihren Wahlkampfparolen gehören. Es handelt sich um die politische Botschaft der Partei Die Linke mit dem Slogan *Macht Europa sozial*. Darunter steht der Name der Partei und die spezifische Farbe Rot sowie eine Liste von sechs Forderungen. Die Aufzählung in nummerierter Form sorgt für Klarheit und Struktur, um die Forderungen als konkrete und erreichbare Maßnahmen darzustellen. Die Wortwahl ist positiv und zukunftsorientierend. Durch Parolen wie *Gute Arbeit & Zeit zum Leben, Konsequenter Klimaschutz* wird ein Bild von ‚Sicherheit‘ als Wohl-



Abb. 3: AfD – Sozialmigranten

stand und deren Nachhaltigkeit geschaffen. Mit dem Slogan *Macht Europa sozial* wird implizit gesagt, dass soziale Gerechtigkeit die allgemeine Grundlage für ‚Sicherheit‘ in Europa ist.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die AfD ‚Sicherheit‘ primär als Abwehr von äußeren Bedrohungen framt. Sprachlich dominieren Modalverben wie *müssen* und imperativisch wirkende Forderungen (*Wir müssen unsere Grenzen schließen.*), die Dringlichkeit und Handlungsbedarf signalisieren. Das Framing erzeugt ein Bild eines „Wir gegen die Bedrohung“, das Angst schürt und restriktive Maßnahmen legitimiert. Im Gegensatz dazu versteht Die Linke ‚Sicherheit‘ als sozialen und inklusiven Begriff. Die Verwendung universaler Formulierungen wie z. B. *für alle Menschen* schafft einen solidarischen Rahmen, der soziale Kohäsion und Empathie betont. ‚Sicherheit‘ wird als umfassende soziale Absicherung und garantierte Teilhabe verstanden, die durch den Sozialstaat und durch soziale Rechte umgesetzt wird, womit sie über den klassischen Schutz vor Gefahren hinausgeht.

Gerechtigkeit

Die AfD versucht die Bedeutung der ‚Gerechtigkeit‘ durch folgende Aussagen umzudeuten:

- 5) „Die Verfassungsrichter haben sich nur einen Teilaspekt angesehen. Dabei gehört das gesamte Hartz-IV-System dringend auf den Prüfstand. Es produziert am laufenden Band soziale Ungerechtigkeit, indem es den Fleißigen bestraft und andererseits die Ausnutzung des Sozialstaats zulässt“. (Möller: Das ganze Hartz-IV-System muss auf den Prüfstand, AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, <<https://afd-thl.de/2019/11/05/moeller-das-ganze-hartz-iv-system-muss-auf-den-pruefstand/>> (Stand 30.12. 2019))
- 6) „Wenn jemand nach 25 Arbeitsjahren unverschuldet langzeitarbeitslos wird, muss er erst Teile seines Ersparten oder gar sein Häuschen verwerten, bevor er Leistungen beziehen darf. Und dann soll er noch zusehen, wie das Hartz-IV-System erstaunlich freigiebig ist, wenn es um die Versorgung von vielen hunderttausenden Sozialmigranten geht. Diese gewaltige Gerechtigkeitlücke gehört abgeschafft“. (Ebd.)

LEISTUNGSGERECHTIGKEIT STATT VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT – WIR GEGEN „SOZIALMIGRANTEN“

Schon beim Lesen fällt auf, dass ‚Gerechtigkeit‘ in diesem Beispiel nicht als Verteilungsgerechtigkeit oder Menschenrecht konzeptualisiert wird, sondern eher als Leistungsgerechtigkeit. Dabei ist impliziert, dass derjenige, der gearbeitet hat, besserzustellen sei als derjenige, der das nicht macht. Durch die gegenüberstellenden Substantive *Fleißige* und *Ausnutzer* wird ein moralisches Wertesystem geschaffen. *Fleißige* verdienen Anspruch auf bestimmte Leistungen, während *Ausnutzer* als nicht legitime Nutznießer abgestempelt werden. Stark evaluative Ausdrücke wie *soziale Ungerechtigkeit* (Beispiel 5) und *gewaltige Gerechtigkeitlücke* (Beispiel 6) wirken emotionalisierend und skandalisierend. Das Verb *bestrafen* signalisiert moralisches Unrecht gegen die Leistungsträger. Das Substantiv *Sozialmigranten* ist ein negativ konnotierter Neologismus, der unterstellt, Migration habe das Ziel der Ausbeutung des Sozialstaates. Durch das Adjektiv *freigiebig* werden die staatlichen Leistungen ironisiert, gleichzeitig wird auch Übertreibung oder Verschwendung suggeriert. Die Verwendung von Dichotomien wie *Fleißige* vs. *Sozialmigranten*, *Sparen* vs. *Freigiebigkeit*, *Häuschen verlieren* vs. *großzügige Versorgung* in diesen Beispielen erzeugt ein klares „Wir gegen die anderen“, wobei klar ist, dass „Wir“ die einheimische, arbeitende Bevölkerung bezeichnet, und dass Migranten als ‚die anderen‘ und Sozialleistungsbezieher verstanden werden. Das sieht man auch bei dem entsprechenden Wahlplakat (siehe Abb. 3).

Im Mittelpunkt des Wahlplakats steht der Slogan *Keine Anreize für Sozialmigranten*. Es ist Teil einer politischen Kampagne, die sich gegen Migration und ihre negativen Auswirkungen richtet. Der Ausdruck *Sozialmigranten* wurde in Beispiel 6 angesprochen und diesbezüglich gesagt, dass es negativ konnotiert ist. Es stellt Migranten als Menschen dar, die nur aus sozialen Gründen in ein Land kommen und zu viel auf die sozialen Systeme eines Landes zugreifen. Das plakative Design mit gelben und blauen Farbtönen, sowie die scharfe Begrenzung (visuelle Darstellung einer Barriere oder Schranke in der unteren linken Ecke), verstärken das Gefühl von Abgrenzung. Die Schranke suggeriert eine Art ‚Zugangskontrolle‘, die das Bild einer Trennung von ‚richtigen‘ und ‚falschen‘ Sozialhilfeempfängern visualisiert. Das Plakat

spielt auch auf den Begriff der ‚Wende‘ an, die in Deutschland in den frühen 1990ern mit der Wiedervereinigung verbunden war. Indem die AfD dies mit *Wende_2.0* verbindet, suggeriert sie eine neue politische Wende, bei der Migration und soziale Integration stärker kontrolliert werden sollen. Die *Wende* wird hier als Notwendigkeit für eine gerechte Gesellschaft inszeniert, indem die Partei die Neuausrichtung der Migrationspolitik als Schritt in Richtung einer ‚gerechteren‘ Verteilung von Ressourcen darstellt. Die Botschaft *Keine Anreize für Sozialmigranten* wird als ein Akt der ‚Gerechtigkeit‘ gegenüber den Steuerzahlern und der Mehrheitsgesellschaft präsentiert, denen man vorwirft, für die Sozialsysteme zu bezahlen, während Migranten davon angeblich unverdient profitieren. Das Plakat vermittelt eine eingeschränkte und einseitige Sicht auf ‚Gerechtigkeit‘, indem es den Fokus auf Migranten als Belastung für das Sozialsystem legt und die Mehrheitsgesellschaft als „Opfer“ von Migration darstellt.

Die Linke äußert sich auch zum Thema ‚Gerechtigkeit‘ und sagt dazu folgendes:

- 7) „DIE LINKE will soziale Sicherheit für alle und soziale Gerechtigkeit. Wir streben deshalb eine soziale Umverteilung von oben nach unten an. Gerechte, ausgeglichene Verteilungsverhältnisse sind auch wichtig zur Stärkung der Demokratie, weil die Verfügung über große finanzielle Mittel auch politische Macht verleiht.“ (Die Linke: Wahlprogramm 2019, <www.die-linke.de/fileadmin/download/wahlen2019/wahlprogramm_pdf/Europawahlprogramm_2019_-_Partei_DIE_LINKE.pdf> (Stand: 28.1.2026))
- 8) „Soziale Gerechtigkeit weltweit – solidarische Zusammenarbeit stärken. DIE LINKE ist die Partei der internationalen Solidarität. Die acht reichsten Menschen auf der Welt besitzen mehr als die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Weltweit hungern über eine Milliarde Menschen, mehr als zwei Milliarden leben von weniger als zwei Dollar am Tag. Die wenigen Reichen werden immer reicher.“ (Ebd.)

Im Beispiel 7 verwendet Die Linke Ausdrücke wie *soziale Gerechtigkeit*, *soziale Umverteilung* und *Verteilungsverhältnisse*, die normativ konnotiert sind. Die Formulierung *von oben nach unten* wird als metaphorischer Raum für die Darstellung einer gesellschaftlichen Hierarchie verwendet. Positiv wertende Adjektive wie *gerecht* und *ausgeglichen* werden verwendet und haben einen normativen Charakter. Durch die Formulierung *wichtig zur Stärkung der Demokratie* wird



Abb. 4: Die Linke – Gerechte Löhne

‚Gerechtigkeit‘ funktional positiv aufgeladen. Mit den Verben *wollen* und *anstreben* zeigt Die Linke ihre politische Absicht. Durch den *weil*-Satz legitimiert man die Forderung der ‚Gerechtigkeit‘ auch durch politischen Nutzen derselben. Das Ziel ist klar, nämlich Demokratieerhalt. Im Beispiel 8 gibt es auch stark normative Ausdrücke wie *soziale Gerechtigkeit weltweit*, *solidarische Zusammenarbeit*, die auch moralisch aufgeladen sind. Soziale Dichotomien entstehen durch die Verwendung von Ausdrücken wie *internationale Solidarität*, *die Reichen*, *ärmere Hälfte*. Außerdem betont Die Linke soziale Ungerechtigkeit durch Verwendung von Gegensätzen wie *die wenigen Reichen – die ärmere Hälfte*. Die Formulierung *wird immer reicher* wird als negativ implizierte Entwicklung gesehen, während das Verb *hungern* und der Satz *leben von weniger als zwei Dollar* Empathie auslösen soll. ‚Gerechtigkeit‘ wird als globale Verantwortung verstanden, wobei soziale Missstände mit Reichtumskonzentration in Beziehung gebracht werden. Visuell als Beispiel kann Abbildung 4 dienen.

GERECHTIGKEIT HEIßT LAUT ‚DIE LINKE‘: REICHTUM UMVERTEILEN, SOLIDARITÄT STÄRKEN

Das Wahlplakat der Partei Die Linke (siehe Abb. 4) trägt den Slogan *Endlich Gerechtigkeit schaffen* und hat den Fokus auf das Thema *Lohn*, das typografisch groß hervorgehoben ist, um eine dringende und notwendige Veränderung zu implizieren. Es bezeichnet somit auch eine Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und bei der Verteilung von Löhnen. Es geht nicht nur um den *Lohn* als einfache Zahlung, sondern um die gerechte Entlohnung für alle Menschen, unabhängig von ihrer Position in der Gesellschaft. Der Begriff ‚Lohn‘ steht hier als Symbol für sozial-ökonomische Gerechtigkeit, da er direkt mit der Verteilung von Reichtum und sozialer Teilhabe verknüpft wird. Es wird

eine gerechtere Lohnverteilung gefordert, insbesondere für niedrigere Löhne, die nach Auffassung der Linken nicht ausreichend sind, um ein würdevolles Leben zu führen. Auffällig ist die Farbkombination aus Lila und Blau, die das Plakat visuell abhebt und auf jüngere, dynamische Wählerschichten abzielt. ‚Gerechtigkeit‘ im Lohnbereich wird hier als Verteilungsproblem verstanden. Die Linke setzt sich für eine gerechtere Entlohnung der Arbeitskräfte ein, insbesondere für Menschen mit niedrigem oder mittlerem Einkommen. Es wird eine Lohnpolitik gefordert, die soziale Gerechtigkeit durch eine gerechte Entlohnung für alle schafft. ‚Gerechtigkeit‘ wird als konkrete Umverteilung von Wohlstand, vor allem in Form von höheren Löhnen und einer faireren Entlohnung für die Arbeiterklasse verstanden.

DER SEMANTISCHE KAMPF FORMT UNSERE GESELLSCHAFTLICHE WIRKLICHKEIT

Abschließend kann gesagt werden, dass beide Parteien stark normativ konnotierte Sprache nutzen, jedoch mit gegensätzlichen Zielrichtungen und sozialen Bezugssystemen. Die AfD konzeptualisiert ‚Gerechtigkeit‘, indem eine Umdeutung versucht wird, um Exklusion zu legitimieren und ein moralisches „Wir gegen sie“-Narrativ zu etablieren. Dabei steht der Schutz der einheimischen Leistungsträger vor angeblich ungerechter Verteilung im Mittelpunkt. Die Linke dagegen konzeptualisiert ‚Gerechtigkeit‘ als universelles, moralisches Prinzip, das auf gesellschaftlichen Ausgleich und solidarische Umverteilung sowohl national als auch global abzielt.

Fazit

Die Analyse verdeutlicht, dass politisches Framing ein strategisches Instrument der Bedeutungsfixierung ist, mit dem Parteien gezielt ideologische Deutungsrahmen etablieren. Anhand der Konzepte ‚Sicherheit‘ und ‚Gerechtigkeit‘ zeigt sich, dass die AfD primär exkludierend, bedrohungsorientiert framt, während Die Linke inklusiv, sozialstaatlich und global ausgerichtet framt. Beide bedienen sich stark normativ konnotierter Sprache, um ihre Zielgruppen emotional und argumentativ zu mobilisieren. Damit wird der „semantische Kampf“ um zentrale politische Schlüsselbegriffe als wesentlicher Bestandteil politischer Kommunikation und Meinungslenkung sichtbar. Insgesamt wird deutlich, dass dieser sprachliche Wettstreit nicht nur parteipolitische Positionen widerspiegelt, sondern maßgeblich zur Konstruktion gesellschaftlicher Wirklichkeit beiträgt. ■

Literatur

- Entman, Robert (1993): Framing: towards a clarification of a fractured paradigm. In: *Journal of Communication* 43, 3, S. 51-58.
- Felder, Ekkehard (2006): *Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in Wissenschaften*. Berlin: de Gruyter.
- Goffman, Erving (1974): *Frame analysis: an essay on the organization of experience*. New York: Harper and Row.
- Grünert, Horst (1983): Politische Geschichte und Sprachgeschichte. Überlegungen zum Zusammenhang von Politik und Sprachgebrauch in Geschichte und Gegenwart. In: *Sprache und Literatur in Wissenschaft und Unterricht* 52, S. 43-58.
- Keller, Rudi (1977): Kollokutionäre Akte. In: *Germanistische Linguistik* 1-2/77, S. 1-50.
- Klein, Josef (1989): *Politische Semantik. Beiträge zur politischen Sprachverwendung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Klein, Josef (2009): Rhetorisch-stilistische Eigenschaften der Sprache der Politik. In: Fix, Ulla / Gardt, Andreas / Knape, Joachim (Hg.), *Halbbd. 2 Rhetorik und Stilistik / rhetoric and stylistics*. Berlin / New York: de Gruyter, S. 2112-2131.
- Klein, Josef (2018): Frame und Framing: Frametheoretische Konsequenzen aus der Praxis und Analyse strategischen politischen Framings. In: Ziem, Alexander / Inderelst, Lars / Wulf, Detmer (Hg.): *Frames interdisziplinär. Modelle, Anwendungsfelder, Methoden*. Düsseldorf: dup, S. 289-330.
- Liedtke, Frank / Wengeler, Martin / Böke, Karin (1991): *Begriffe besetzen. Strategien des Sprachgebrauchs in der Politik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Peyer, Lisa (2018): Von „Migrationswellen“ und „Flüchtlingsströmen“. Eine kognitionswissenschaftliche Perspektive auf den Zusammenhang von Sprache und Politik. In: Bitzegeio, Ursula / Decker, Franck / Fischer, Sandra / Stolzenberg, Thorsten (Hg.): *Flucht, Transit, Asyl. Interdisziplinäre Perspektiven auf ein europäisches Versprechen*. Bonn: J.H.W. Dietz Nachf., S. 89-110.
- Scheufele, Bertram (2004): Framing-effects approach. A theoretical and methodological critique. In: *Communications* 29, S. 401-428.
- Stötzel, Georg (1990): Semantische Kämpfe im öffentlichen Sprachgebrauch. In: Stickel, Gerhard (Hg.): *Deutsche Gegenwartssprache. Tendenzen und Perspektiven*. Berlin / New York: de Gruyter, S. 46-65.

Bildnachweise

- Abb. 1: AfD Thüringen, 19.10.2019, Facebook, <www.facebook.com/share/p/1BDn8tgRYy/> (Stand: 15.3.2023).
- Abb. 2: Die Linksfraktion, 25.5.2019, Instagram, <www.instagram.com/linksfraktion/> (Stand: 27.12.2019).
- Abb. 3: AfD Thüringen, 10.10.2019, Facebook, <www.facebook.com/share/p/1CGDNPE8Jk/> (Stand: 15.03.2023).
- Abb. 4: Die Linke Brandenburg, 13.08.2019, Facebook, <www.facebook.com/share/p/1JAM3SzP8e/> (Stand 27.03.2023). ■